

DSTG *magazin* 10

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Oktober 2003
52. Jahrgang



Die Bundesleitung im Gespräch mit
Bundesfinanzminister Hans Eichel und
Staatssekretär Volker Halsch.

***Eichel für Bundeskompetenz
im Steuerbereich***

Bremen sieht Defizite bei Außendienst

***Mehr als 30 000 Beamtinnen und Beamte demonstrieren
gegen Einkommensverluste und Arbeitszeitverlängerung***

**dbb Seiten
17-48**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hektische Betriebsamkeit herrscht in Berlin. Eine Reihe von Reformgesetzen sollen „durchgepeitscht“ werden, damit sie noch zum 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt werden können. Alle Reformgesetze dienen dem Hauptzweck von Einsparungen. Es ist eine wichtige Aufgabe für uns als Deutsche Steuer-Gewerkschaft darüber zu wachen, dass es gerecht zugeht, dass nicht einseitig die kleinen Einkommensbezieher zur Kasse gebeten werden, weil die großen sich weiter in Schlupflöchern tummeln können. Es gilt wachsam zu sein bei allen Gesetzen, die in den Bundestag eingebracht und beraten werden, weil Sparmaßnahmen an einer falschen Ecke als Folge wieder zu Belastungen für den öffentlichen Dienst führen können. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind schon genügend zur Kasse gebeten worden. Sie sind oft doppelt betroffen und getroffen. Mittelbar durch allgemeine Sparmaßnahmen und konkret durch die Einschnitte im öffentlichen Dienst. Und so ist es nicht verwunderlich, dass es in den Dienststellen brodet und gärt. Die Länder greifen teilweise unverschämt in die Taschen der Beschäftigten. Sie streichen Urlaubsgeld und kürzen das Weihnachtsgeld und verlängern Arbeitszeiten, was eine klare Verminderung der Besoldung bedeutet. Dabei scheren sich die Landesregierungen nicht um die Motivation der Beschäftigten. Sie stellen gar nicht in Rechnung, was durch die Demotivation in der Steuerverwaltung an Einnahmen verloren geht. Sparen – koste es was es wolle. Man hat das Gefühl, dass an manchen Orten Panik ausgebrochen ist. Die Politik ist ratlos und vernachlässigt das Gerechtigkeitsgefühl in Serie. Dies wird einen Dauerschaden bewirken.

An der Steuerfront geht es weiter hektisch zu. Bei der Umsatzsteuer brechen die Einnahmen durch organisierte Betrugskartelle weg. Das Ifo-Institut schätzt den Umsatzsteuerausfall mittlerweile auf 18 Mrd. €. Der Bundesrechnungshof schlägt Alarm und regt Gesetzesverbesserungen an. Die meisten Vorschläge entsprechen langjährigen Forderungen der DSTG. Dabei ist vieles gewuchert, weil

- zu wenig Personal bei der Umsatzsteuerkontrolle eingesetzt wird,
- die föderale Steuerverwaltung betrugsanfällig ist,
- die Politik bisher aus Rücksichtnahme auf die Wirtschaft notwendige Kontrollmechanismen nicht gesetzlich vorgegeben hat.

Im Bundestagsfinanzausschuss findet eine Anhörung zur Gemeindefinanzreform statt. Auch dort gibt es heftigen Streit zwischen denen, die die Steuer vereinfachen und denen, die umfangreiche Zurechnungen vornehmen wollen. Weiter stehen im Oktober Anhörungen zum Steueränderungsgesetz 2003, eine Anhörung zu dem Gesetz zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen und eine Anhörung zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes auf der Tagesordnung.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird sich wieder bemühen, Erschwernisse von der Steuerverwaltung abzuhalten, wo es geht Vereinfachungen vorzuschlagen und dem Gerechtigkeitsaspekt Wirkung zu verschaffen. Die DSTG bleibt für Sie am Ball und wird Ihre Interessen offensiv vertreten.

Wehren Sie sich vor Ort weiter gegen alle ungerechtfertigten Maßnahmen, so wie dies in den Landesverbänden reihum geschieht! Machen Sie mit bei den Aktionen und Demonstrationen. Es geht um Ihr Einkommen, um Ihre Zukunftssicherung, um Ihre Altersversorgung und um Ihre und Ihrer Kinder Zukunft!

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr
Dieter Andrack*

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-600, Telefax (030) 20 62 56-601, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Andrack, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-650, Telefax (030) 20 62 56-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Fotos: M. Darching, DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-650, Telefax (030) 20 62 56-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 23 gültig ab 1. Januar 2002. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. **HERAUSGEBER DER dbb-SEITEN:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, S (030) 40 81-40, Telefax (030) 40 81-55 98. Internet: www.vva.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz, Rüdiger von Woikowsky; Redaktion: Jan Brenner, Britta Müller, Siegfried Speichert, Dr. Frank Zitka; Redaktionsssekretärin: Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** MarianNeugebauer. Fotos: dpa, Fiegel, MEV. Verlag: dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Reinhardtstr. 29, 10117 Berlin, Telefon (030) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, Tel. (02 11) 73 57-6 68, **Anzeigenposition:** Nadine Meier auf der Heide, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 44 (dbb magazin). Druckauflage dbb magazin: 630.250 Exemplare (IVW 3/2002). **Vertrieb:** Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

Eichel für Bundeskompetenz im Steuerbereich	4
Bremen sieht Defizite bei Außendienst	5
Protest gegen Kürzungen ist reine Notwehr: Mehr als 30 000 Beamtinnen und Beamte demonstrieren gegen Einkommensverluste und Arbeitszeitverlängerung	6–7
Gewerkschaftstage – ein Spiegel der DSTG-Geschichte – Teil 2	8–10
28. Deutschlandturnier der DFSH in Jena	10–12
Von Dynamik überrascht	14
Vorteil für Steuerunehrliche	14
Tarifrecht im Reformprozess	16
Wasser predigen – Wein trinken	16
Tauschcke	16

dbb

Berufspolitik:	
Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst: Protest in die Länder tragen	18
Hartz-Gesetze: Nachbesserungen notwendig	19
Schwer behinderte Menschen im Beruf	22
Lehrerschelte: „Erst denken, dann reden“	22
Abschlussbericht der Rürup-Kommission	23
dbb akademie	24
Politik aktuell:	
Gesundheitsreform: Untauglicher Versuch	25
Tarifpolitik:	
Moderne Tarifpolitik: Aufgaben und Möglichkeiten	26–27
EuGH zum Bereitschaftsdienst	27
In eigener Sache	29
dbb Online	30–31
Aktuell	32
dbb-jugend	33
Kulisse	38
EU aktuell	40
dbb vorsorgewerk	41
Frauen im dbb	42–43
Senioren im dbb	46–47

Eichel für Bundeskompetenz im Steuerbereich

Im Rahmen ständiger und enger Kontakte traf sich die DSTG-Spitze mit Bundesfinanzminister Eichel im BMF. Zentraler Themenschwerpunkt war die Forderung der DSTG, dass Sonderopfer für die Beamten in Bund und in den Ländern unbedingt vermieden werden müssten.

Finanzminister Eichel räumte ein, dass das einseitige Streichen von Urlaubsgeld und das Absenken des Weihnachtsgeldes für Beamte nicht gut sei. Auch er sei der Meinung, dass Sonderopfer negativ seien. Als Finanzminister sei er jedoch aktuell verpflichtet, Geldmittel überall einzusparen.

Selbstverständlich sei auch er der Auffassung, dass motivierte Beschäftigte für die Arbeit in den Finanzverwaltungen wichtig seien. Mit Innenminister Schily habe er daher vereinbart, dass von den Einsparungen 10 % für Zulagen verwendet werden müssten, um einen Modernisierungsschub zu bewirken. Hätte er nach rein fiskalischen Interessen handeln wollen, hätten die Einschnitte im Beamtenbereich noch härter ausfallen müssen.

Die DSTG-Vertreter regten an, einen Bericht zur Lage der Steuerverwaltung erstellen zu lassen. In einer solchen Bestandsaufnahme könnten die Defizite in den Steuerverwaltungen der Länder deutlich vor Augen geführt werden.

Übereinstimmung bestand darin, dass viele Probleme im Verwaltungsvollzug entstehen, weil einerseits mangelhafte Gesetze und andererseits die zu geringe Personalausstattung einen besseren Vollzug verhindern. Eichel äußerte die Ansicht, dass

durch eine Überführung der Steuerverwaltung in eine Bundesfinanzverwaltung mehr Geld in die Kassen kommen würde.

Staatssekretär Halsch meinte, dass ein Meinungs austausch über die Verbesserung des Steuervollzugs mit den Chefs der Staatskanzleien der Länder sinnvoll und ergiebig sei, da sie Anregungen zur Effizienzsteigerung in der Steuererhebung aufgeschossen gegenüber stünden.

Finanzminister Eichel erläuterte, dass er mit Ministerpräsidenten in einem konstruktiven Gespräch stehe und nannte namentlich Dr. Peiner (Hamburg), Steinbrück (NRW) und Stratthaus (Baden-Württemberg).

Thematisiert wurde die Stärkung der Bundesbetriebsprüfung. Man kam zu dem übereinstimmenden Urteil, dass Einsparungen bei der Betriebsprüfung unsinnig seien. Eine wichtige Frage sei auch, ob das Personal an der richtigen Stelle eingesetzt werde. Der Rechnungshofbericht von Brandenburg stellte fest, dass Bedienstete von der Umsatzsteuerprüfung abgezogen und für unergiebigere Zwecke eingesetzt wurden. Eichel schlug vor, dass auch die DSTG als maßgebende Institution im Steuerbereich die Länderfinanzminister zu einer Diskussion über notwendige Innovationen einladen solle.

Ein Bericht über die Lage der Steuerverwaltung könne nach Meinung beider Seiten zweckmäßigweise vom Bundesrechnungshof ausgearbeitet werden. Der stellvertretende DSTG-Bundesvorsitzende Manfred Lehmann führte aus, dass der Bundesrech-

nungshof bereits bei den Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen Erhebungen vorgenommen habe. Eichel sagte zu, beim Bundesrechnungshof einen entsprechenden Bericht anzuregen. Außerdem sei auch ein Kolloquium des Bundesrechnungshofes mit den Landesrechnungshöfen sinnvoll.

Staatssekretär Halsch bekräftigte, dass man im Hinblick auf das Funktionieren des Länderfinanzausgleichs unbedingt einen bundeseinheitlich funktionierenden Steuervollzug brauche. Eichel sagte zu, dass die Bundesbetriebsprüfung verstärkt werde.

Weiteres Thema war die Verbesserung der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung. DSTG-Chef Dieter Ondracek regte an eine Bundessteuerfahndung einzurichten, die mit komplexen Zentralermittlungen, wie z. B. bei den Karussellgeschäften, befasst werden sollte. Ferner sollte die Bundessteuerfahndung für alle Fälle mit Europabezug zuständig sein, bei OLAF sollte eine ausreichend besetzte Stelle für die Umsatzsteuerbetrugsermittlung geschaffen werden. Mit einer zentralen Ermittlungsgruppe würden Amtshilfeersuchen stark beschleunigt werden. Staatssekretär Halsch erläuterte die Pläne der Bundesregierung zur Verbesserung der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung, insbesondere die Maßnahmen, die komplette Umsatzsteuer auf Ist-Versteuerung umzustellen. Durch eine Gesetzesänderung soll der Leistungsempfänger Schuldner der Umsatzsteuer sein.

Das von dem rheinland-pfälzischen Finanzminister Mittler propagierte Umsatzsteuersystem sei von der Grundidee her zu begrüßen. Es weise aber an der Endstufe Mängel auf. Die Vorsteuer solle prinzipiell nur dann ausgekehrt werden, wenn eine entsprechende Einzahlung vorliege. Notwendig sei auch die Einführung einer bundesweiten Steuernummer. Das Problem der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung sei bundesweit mit Priorität versehen, urteilte Staatssekretär Halsch. Finanzminister Eichel sagte zu, die Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung mit allem Engagement, das von der DSTG erwartet werden könne, von Seiten des Bundes voranzutreiben, insbesondere wegen des Ausfalls von 17 Mrd. Euro. DSTG-Chef Ondracek wies nochmals darauf hin, dass die Steuerausfälle auf die Beschäftigten der Finanzverwaltung demotivierend wirken, weil sie erkennen, in welcher Höhe Geld am Fiskus vorbeigeschafft werde und der Gesetzgeber nichts tue dies einzudämmen. Stattdessen werde lieber bei den Beschäftigten der Finanzverwaltung gespart. Finanzminister Eichel äußerte abschließend sein vollstes Verständnis für die Frustration der Bediensteten der Finanzverwaltungen. Den Ländern müsse unbedingt klar werden, dass ihnen im eigenen Interesse daran gelegen sein müsse, die Steuern möglichst vollständig festzusetzen und zu erheben. Eichel äußerte, für das Ziel einer verbesserten Steuererhebung sei er durchaus bereit, die Festsetzung und Erhebung der Gemeinschaftssteuern in Bundeskompetenz zu überführen.

Bremen sieht Defizite bei Außendienst

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, der Landesvorsitzende der DSTG Bremen, Winfried Noske, und sein Stellvertreter Holger Suhr, führten ein erstes Gespräch mit dem bremischen Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum. Aus der bremischen Senatsverwaltung nahmen die Herren Martin von Bloh (Vertreter der Steuerabteilungsleitung) und Wilfried Schwarze (Referatsleiter Organisation) teil. Dr. Nußbaum kam bei der Neubildung des Bremer Senats in sein Amt. Er gehört keiner politischen Partei an und wurde aus der Wirtschaft als Finanzsenator geworben.

Dr. Nußbaum war seit 1989 geschäftsführender Gesellschafter der SLH Sea-Life-Harvesting-Gruppe. Der Finanzsenator gab auch gleich zu Beginn des Gesprächs zu erkennen, dass er als Unternehmer die Bedeutung eines guten, motivierten Personalkörpers zu schätzen wisse.

Er räumte auch unumwunden ein, dass beim Personal der Einnahmenverwaltung eigentlich nicht eingespart werden dürfe, aber die Haushaltssituation des Landes Bremen zwingt ihn, überall schmerzliche Einschnitte vorzunehmen. Er sei für gute Sparvorschläge offen, müsse aber in Anbetracht der Haushaltslage darauf bestehen, dass die Ausgaben im Landeshaushalt Bremen gekürzt werden. Am „großen Block“ Personalkosten führe dabei kein Weg vorbei und es sei unmöglich, die Beschäftigten der Steuerverwaltung davon auszunehmen.

Die DSTG-Vertreter machten Dr. Nußbaum deutlich, dass die Steuerverwaltung nicht über zu viel Personal, sondern zu wenig verfüge. Insofern könne eine Kritik an hohen Personalkosten nicht an den Beschäftigten der Steuerverwaltung fest gemacht

werden. Bremen müsse vorrangig alles tun, um die Einnahmenseite zu verbessern.

Dr. Nußbaum bestätigte, dies sei auch sein Anliegen. Mit seinen Steuerabteilungsleitern werde er nach Wegen suchen, wie die Außendienste gestärkt werden können.

Aus seiner Unternehmerzeit wisse er, dass die Betriebsprüfer in den Betrieben nicht unbedingt willkommen seien. Aber jeder Unternehmer sehe die Notwendigkeit von Prüfungen ein. Wenn allerdings der eine Betrieb geprüft werde, müsse auch zeitnah der Konkurrenzbetrieb geprüft werden. Insofern würde er gerne das Personal in der Steuerverwaltung verstärken und nicht schwächen.

Die DSTG-Vertreter fanden bei Dr. Nußbaum ein offenes Ohr, dass auch in schwierigen Zeiten nicht vernachlässigt werden dürfe, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.

DSTG-Landesvorsitzender Noske kritisierte, dass in der Vergangenheit in Bremen viel Geld in Prestigeobjekte investiert wurde, die mit den fälligen Zinsen auf lange Jahre den Haushalt belasten. Dr. Nußbaum räumte dies ein, gleichwohl habe er aber die Folgen, nämlich die Zinslast im Haushalt zu verkraften.

Im Rahmen der Diskussion über die Verbesserung der Einnahmenseite brachten die DSTG-Vertreter auch die unsinnige Wirkung des Länderfinanzausgleichs zur Sprache. Auch hier stimmte Dr. Nußbaum zu, dass die Systematik des Länderfinanzausgleichs „leistungsfeindlich“ sei und die Finanzminister nicht gerade motiviere, alle Kraft auf die Verbesserung der Einnahmenseite zu konzentrieren.

Die DSTG-Vertreter machten dem Finanzsenator deutlich, dass Sparmaßnahmen, wie Streichen des Urlaubsgeldes, Absenken des Weihnachtsgeldes unakzeptabel seien. Die Beschäftigten der Steuerverwaltung sind nicht überbezahlt. In weiten Teilen des mittleren Dienstes liege der Abstand zu Sozialhilfeempfängern bei etwa 100 Euro im Monat. Wenn man hier noch einmal die Jahresbezüge durch die diskutierten Maßnahmen absenke, wirke dies nicht leistungsfördernd,

tet werden müssen. Nach der Haushaltssituation Bremens müsste er eigentlich mit seinen Vorschlägen noch unter die Marke von Berlin gehen. Dem widersprachen die DSTG-Vertreter. Neben diesem zentralen Thema wurden auch die steuerpolitischen Vorhaben erörtert. Auch hier zeigten die DSTG-Vertreter Dr. Nußbaum auf, dass ständig Mehrarbeit auf die Finanzämter zukomme und dass die debattierte kommunale Wirtschaftssteuer zu keiner Vereinfachung führe. Der Finanzsenator war sich mit den DSTG-Vertretern einig, dass das Steuerrecht radikal vereinfacht werden müsse. Die DSTG-Vertreter konnten im Engagement von Dr. Nußbaum erkennen, dass er voll Tatendrang und Schwung seinen neuen Job angegangen ist und dass



(V. l. n. r.): DSTG-Vorsitzender Bremen, Winfried Noske, Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum, DSTG-Chef Dieter Ondracek, Landesleitungsmitglied Holger Suhr.

sondern sehr frustrierend und demotivierend. Die Beschäftigten seien für die Haushaltsmiserie im Lande nicht verantwortlich. Im Gegenteil: Alle in der Steuerverwaltung mühen sich tagtäglich, Einnahmen herbeizuschaffen. Sie können deshalb die Sparmaßnahme zu ihren eigenen Lasten nicht akzeptieren. Dr. Nußbaum erklärte, dass der Senat in Bremen in diesen Punkten konkret noch nicht entschieden habe. Er streiche nicht gerne in die Jahresbezüge der Beamten ein, aber er müsse seinen Haushalt einigermaßen stimmig gestalten. Er brauche noch Zeit um klar sagen zu können, in welchem Umfang die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter belas-

er vieles hinterfragt und nach neuen Wegen sucht.

Die DSTG-Vertreter hatten den Eindruck, dass dem Senator die Zufriedenheit seines Personals ein Anliegen ist und die DSTG mit ihm gut zusammenarbeiten kann.

Zwischenzeitlich hat der Bremer Senat „die Katze aus dem Sack gelassen“. Die Beamten sollen Abstriche bei Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld hinnehmen. Diese Vorhaben fordern den Protest der Betroffenen heraus. Die DSTG hält die Streichung für nicht akzeptabel.

Protest gegen Kürzungen ist reine Notwehr:

Mehr als 30 000 Beamtinnen und Beamte demonstrieren gegen Einkommensverluste und Arbeitszeitverlängerung

Damit hatten selbst Optimisten unter den Organisatoren nicht gerechnet: Mehr als 32 000 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes setzten in Düsseldorf am 24. 9. 2003 ein deutliches Signal gegen die Sparwut der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Für die DSTG besonders erfreulich: Jeder sechste der Protestierer kam aus den Finanzämtern des Landes. Mehr als 5 500 Kolleginnen und Kollegen, an der Spitze der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek und seine Stellvertreter Helmut Overbeck und Manfred Lehmann gehörten der Steuerverwaltung an. Damit stellte die DSTG wieder einmal den größten Anteil unter den Demonstranten trotz der Vielzahl der teilnehmenden Einzelgewerkschaften.

Erstmals in der Geschichte des Landes hatten dbb und DGB gemeinsam zum Protest aufgerufen. Die Pläne der Landesregierung, einerseits die Arbeitszeit auf 41 Stunden zu erhöhen,

aber außerdem das Urlaubsgeld zu streichen und die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) auf 50 bzw. 60 % (bis zur Besoldungsgruppe A 8) zu kürzen, machte dieses ungewöhnliche Vorgehen unumgänglich.

Und so standen sie dann gemeinsam vor dem Landtag in Düsseldorf: Feuerwehrleute der komba und von ver.di, Polizisten der GdP und der DPoG, Strafvollzugsbeamte des BSBD, Steuerbeamte der DSTG usw. Schon an den Sammelplätzen wurde schnell deutlich, dass die ursprünglichen Angaben von ca. 20 000 Demonstranten wohl deutlich übertroffen werden würden. Mehr als 380 Busse brachten die Kolleginnen und Kollegen auf die große Oberkassler Wiese unmittelbar auf der anderen Rheinseite – dem Landtag gegenüber. Mit einem Marsch über die Rheinbrücke und einer zweiten Säule vom Düsseldorfer Hauptbahnhof aus wurde der Verkehr in der Stadt lahm gelegt. Obwohl auch die Gegenfahrbahn der



Brücke von den Demonstranten – entgegen den Genehmigungen der Einsatzleitung – vereinbart wurde, blieb die Stimmung der Demonstranten und der dienstverpflichteten Einsatzgruppe der Polizei entspannt.

Anders dagegen die Stimmungslage bei den beiden Rednern der Kundgebung unmittelbar vor dem Landtag: Kurzum machte Ralf Eisenhöfer deutlich: „Was wir hier machen ist kein Protest – es ist Notwehr gegen eine aus dem Ruder laufende Landesregierung“. Die angekündigten Sparmaßnahmen seien, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits auf Kosten der Beamtinnen und Beamten erbrachten Vorleistungen in den vergangenen Jahren, reine Abzocke. Mit der Arbeitszeitverlängerung von 6,5 % vernichte das Land ganz nebenbei mehr als 14 000 Arbeitsplätze. – und streiche trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse auch Hunderte von Ausbildungsplätzen für junge Menschen.

Walter Haas, Landesvorsitzender des DGBs in NRW, fand ebenfalls deutliche Worte für die Ausbeuterstrategie der Landesregierung. Mit der Forderung nach „Verhandeln statt verordnen“ forderte er den Ministerpräsidenten Peer Steinbrück auf, sich mit seinen Beamtinnen und Beamten auseinander zu setzen. Schonungslos deckte er den Etikettenschwindel auf, mit dem in der gesamten Republik noch nie da gewesene Besoldungseinschnitte als „Reformen“ verkauft werden sollen. „Wenn ihr Reformen wollt“ rief er den hinter Fenstern und auf Terrassen stehenden Landtagsabgeordneten zu, „dann tut etwas für dieses Land. Verwendet die gleiche Energie, die ihr für Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Beschäftigten einsetzt auch einmal dafür, die Einnahmesituation des Staates zu verbessern.“

Nicht nur die Redner fanden klare Worte für die Sparorgie der Landesregierung. Auch die Kolleginnen und Kollegen





machten auf Spruchbändern und Schildern deutlich, was Sie von der Landesregierung und insbesondere von ihrem Ministerpräsidenten halten. „Wer die Qual hat, hat die Wahl“, „Taschen leer, danke Peer“ oder „Auch Sklaven hatten einen sicheren Arbeitsplatz“ schrieben verbitterte Beamte der Politik ins Stammbuch. Für die Kinder unter den Demonstranten hatte die DSTG die passenden T-Shirts aufgelegt. Mit dem Aufdruck „41 Stunden = 2 1/2 Stunden weniger für mich“ machten die Jüngsten deutlich, wer die Hauptleidtragenden der Arbeitszeiterverlängerung sein werden: Die Familien der Beamtinnen und Beamten. Die Politik machte sich rar an diesem Tag. Zwar hatte Peer Stein-

brück angeboten, zu den Demonstranten zu sprechen. Allerdings konnten sich die Organisatoren der Veranstaltung nicht sicher sein, ob die bekannte nass-forsche Art des Ministerpräsidenten nicht heftige Reaktion bei den ohnehin zu tiefst getroffenen Kolleginnen und Kollegen ausgelöst hätte. Tomaten wären mit Sicherheit die weichste Form des Protests gewesen. Aus diesem Grund verwiesen dbb und DSTG darauf, dass es sich beim „Düsseldorfer Signal“ der Gewerkschaften nicht um eine Diskussions- sondern um eine Protestveranstaltung handeln würde. Und für mehr als 30 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in NRW war dies die richtige Antwort,

zumal gerade dieser Ministerpräsident alle Gespräche mit den Gewerkschaften über die beabsichtigten Kürzungen im Vorfeld der Beschlüsse abgelehnt hatte.

Am nächsten Morgen, bei Durchsicht der Tagespresse, wurde klar: Mit diesem Protest haben die Beschäftigten des Landes NRW und der Kommunen ein machtvolleres Zeichen gegen die Landesregierung in NRW gesetzt. Von „Rache der Staatsdiener“ über „Notwehr gegen Rot/Grün“ bis zu „Heftiger Rückschlag für Steinbrück“ titelten die Tageszeitungen im Land. Egal ob im Rundfunk, Fernsehen oder Zeitung – in allen Medien wurde viel Verständnis für die besondere Lage der Beamtinnen und Beamten

im Land aufgebracht. Nur vereinzelt gab es schrillere Töne, wenn in Kommentaren mal wieder der längst zu Tode geritene Gaul vom „sicheren Arbeitsplatz“ aufgezaumt wurde.

Die gemeinsame Aktion von dbb und DGB war in NRW ein voller Erfolg. Vielleicht geht davon ja auch ein Signal nach Berlin. Bei allen Meinungsunterschieden kann die gemeinsame Schlagkraft der Gewerkschaften in vielen Fällen ein deutliches Zeichen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit setzen. Schon darin liegt ein großer Erfolg der Demonstration vom 24. 9. 2003 in Düsseldorf: Bleibt zu hoffen, dass auch die Forderungen der Demonstranten Gehör finden.

FlexoPlus Kredit:

DIE BANK FÜR MITARBEITER IM ÖFFENTLICHEN DIENST UND VERGLEICHBARER UNTERNEHMEN

Für große Wünsche und kleine Raten.

Mit entsprechenden Sonderkonditionen.

Für Sonderzahlungen offen.

FlexoPlus Kredit mit vielen Pluspunkten:

- ⊕ bis zum zofachen des Familieneinkommens
- ⊕ Laufzeiten bis zu 120 Monaten
- ⊕ flexible Rück- und Sonderzahlungen
- ⊕ geringe monatliche Raten
- ⊕ sofortige Kreditentscheidung
- ⊕ auch zur Ablösung teurer Dispo- oder Ratenkredite
- ⊕ oder als AutoPlus Kredit

KreditHotline:
0180/222 52 26*

Kredit online:
www.abkbank.de

Kredit sofort:
Invalidenstraße 28
10115 Berlin



Allgemeine Beamten Kasse

BANK FÜR ALLE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Gewerkschaftstage – ein Spiegel der DSTG-Geschichte – Teil 2

Fortsetzung des Artikels aus der Ausgabe 9/2003

Im zweiten Teil seines Rückblicks in die Geschichte der DSTG erläutert der ehemalige Bundesgeschäftsführer Paul Courth, dass die Gewerkschaftstage eine Manifestation dessen sind, was für die Beschäftigten erreicht werden soll. Dies wird vor dem Hintergrund des Treffens 1923 in Breslau aufgezeigt.

379 Anträge

Auch gemessen an heutigen Verhältnissen hatten die Delegierten ein beachtliches Arbeitspensum zu bewältigen. Immerhin waren 379 Anträge von den Mitgliedsverbänden gestellt. Sie wurden in Ausschüssen vorbereitet und vom Plenum verabschiedet. Die Anträge reichten von der Organisation, über Besoldungsfragen, dem Beamtenrecht über spezifische Fragen der Buch- und Betriebsprüfungsdienste bis hin zu den Problemen der Kolleginnen und Kollegen, die aus anderen Verwaltungen in die Reichsfinanzverwaltung übernommen worden waren. Besonders intensiv befassten sich die Delegierten mit dem Buch- und Betriebsprüfungsdienst: „Abstand zu nehmen ist von einer Einstellung nicht beamteter Personen als Buchprüfer und von einer Übernahme solcher Personen in das Beamtenverhältnis, weil genügend Kräfte aus der Beamten-schaft vorhanden sind“.

Rückblick

Einen besonderen Blick richteten die Delegierten auf die Gewerkschaftsbewegung des öffentlichen Dienstes in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg und die Entwicklung der jungen Reichsfinanzverwaltung. Die Kollegen Küttner (Leipzig) und Feldsieper (Köln) hielten die Einführungsreferate.

Der Deutsche Beamtenbund (dbb)

Bereits im Dezember 1918 wurde in Berlin der Deutsche Beamtenbund (dbb) gegründet. Er

löste die 1916 gegründete Interessengemeinschaft Deutscher Beamtenverbände auf.

Kernstück seines gewerkschaftlichen Handelns: die parteipolitische Unabhängigkeit. In strikter Unabhängigkeit sollten die berufspolitischen Interessen der Mitglieder vertreten werden.

„Das ist Kern des Deutschen Beamtenbundes von Anfang an gewesen. Die Führer sind sich darüber klar gewesen, dass im Deutschen Beamtenbund jeder parteipolitische Einschlag fernbleiben muss“, stellte Küttner klar. „Die Beamten wollen nicht mehr Objekt der Gesetzgebung sein, sondern verantwortlich mitgestaltende Staatsbürger, die ihre Interessen in den Parlamenten und bei der Regierung selbstbewusst und unabhängig vertreten.“

Der dbb wurde als Dachorganisation von Fachgewerkschaften gegründet, die bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts entstanden waren. Der BDR – gegründet im Jahre 1920 – trat noch im selben Jahre dem dbb bei.

Der dbb war wieder untergegliedert in Landesverbände, Provinzialkartelle und Ortskartelle. Unter seinem Dach fanden „Reichsbeamte, Staatsbeamte, Gemeindebeamte, Lehrer und Beamten der öffentlich rechtlichen Körperschaften ihre gewerkschaftliche Heimat“.

Bereits bei der Gründung hatte der dbb über eine Million Mitglieder.

Während die allgemeine Gewerkschaftsbewegung mit im Kampfe gleichgestellten Gegnern zu tun hatte, war der

politische Gegner der Beamten, nämlich das Reich und seine Gebietskörperschaften, der Gewerkschaft übergeordnet, so das damalige hierarchische Selbstverständnis des dbb. Dieses Hierarchiebewusstsein war fest verankert in den Köpfen der Mitglieder. Eine klare Position zum Beamtenstreik wurde daher nicht bezogen. Gekämpft wurde vielmehr um die Instrumente, die politischen Interessen durchzusetzen außerhalb des Streiks, um Formen der Mitbestimmung, wie wir sie heute in unserem Personalvertretungsrecht kennen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund

In Konkurrenz zum dbb wurde der Allgemeine Deutsche Beamtenbund gegründet, mit einem zum dbb fast identischen Gewerkschaftsprogramm. Küttner klagt: „Ich habe mir, als ich davon Kenntnis erhielt, die Frage vorgelegt, aus welcher Notwendigkeit heraus dieser neue Laden aufgemacht werden musste, denn tatsächlich hat man dort nur das Aushängeschild geändert. Im Übrigen verkauft man dieselbe Sache, die im dbb verkauft wird, und auch die Satzungen weisen in ihren Kernpunkten keine Unterschiede auf“.

Allerdings konnte man an seinem tatsächlichen politischen Verhalten die Nähe des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu den sozialistischen Parteien ablesen. Dies wurde auch deutlich in seiner Mitgliedschaft zur Sozialistischen Internationalen in Amsterdam.

BDR und dbb

Größter Mitgliedsverband des dbb war der BDR. Auch auf seine kurze Geschichte nach seiner Gründung im Jahre 1920 wurde ein Blick gerichtet. Auch der BDR war ein Dachverband der „aus der Interessengemeinschaft Deutscher Steuerbeamtenver-

bände“ gebildet wurde. Die Original-Gründungsurkunde kann noch heute in der Bundesgeschäftsstelle im Berlin besichtigt werden. Geglückt war es, alle Steuerbeamtenverbände in Deutschland im BDR zu einigen. Küttner verkennt nicht, wie schwierig es gewesen ist, insbesondere die süddeutschen Steuerbeamtenverbände für den BDR zu gewinnen. „Unsere süddeutschen Kollegen, besonders die Bayern, haben sich öfters außerhalb unserer Sache gestellt“.

Zur Solidarität im BDR gab es für sie letztlich aber keine Alternative. Sie waren dann engagierte, faire und effektive Mitstreiter.

Die junge Reichsfinanzverwaltung

Kollege Feldsieper (Köln) gab einen gestrafften Überblick über die Entwicklung der Finanzverwaltung nach der Finanzreform von Reichsfinanzminister Erzberger.

Die Aufgaben waren gigantisch. Bis dahin hatten die einzelnen Reichsländer die Steuerhoheit. Ihnen flossen die Hauptsteuerquellen zu. Jetzt musste das Reich diese Quellen erschließen. An die Stelle der Länderfinanzverwaltungen trat die Reichsfinanzverwaltung. Sie wurde aus dem Boden gestampft und hatte sofort eine Flut von Steuergesetzen zu verkraften. Von Anfang an arbeitete die Gesetzgebungsmaschinerie auf Hochtouren. 1919 trat das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe, über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, das Erbschaftssteuergesetz und das Reichsnotopfer in Kraft. Es folgten das Grunderwerbsteuergesetz, das Verbrauchsteuergesetz, das Umsatz- und Luxussteuergesetz. Für alles hatte Enno Becker die Reichsabgabenordnung geschaffen, ein meisterhaftes Verwaltungsverfahrensgesetz als Mantelgesetz, das heute in der Abgabenordnung weiter fortlebt.

Auch im Jahre 1920 war die Kapitalflucht schon ein Problem. Man versuchte sie durch das Gesetz zur Erfassung der Kapitalflucht in

den Griff zu bekommen, wohl ohne messbaren Erfolg. Im Jahre 1920 trat der Kern der Steuergesetzgebung, das Reichseinkommensteuergesetz und das Körperschaftsteuergesetz in Kraft, daneben das Kapitalertragsteuergesetz und das Gesetz über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers. Die Besteuerung des Arbeitseinkommens wurde besonders geregelt, in einem gesonderten Lohnsteuerverfahren (Lohnsteuer als Quellensteuer).

„Dies ist nun ein kleiner Teil des Produkts einer Gesetzgebungsmaschinerie, die in breiten Volksschichten einen Steuerabwehrkampf hervorgerufen hat. Dazu tritt andererseits der Umstand hinzu, dass ein großer Teil des Volkes noch glaubt, sich für die Entbehrung im vergangenen Krieg schadlos halten zu müssen und wieder andere es für unsinnig halten, durch übergroße Abgaben das unerfüllbare Reparationsverlangen eines maßlosen Gegners zu befriedigen“, so Feldsieper in seiner Analyse.

Was nutzten aber noch so perfekte Steuergesetze, wenn sie dem Staat nicht die notwendigen Einnahmen verschafften konnten, wenn die galoppierende Inflation die Steuereinnahmen vor den Augen der Steuerbeamten verbrannte. Der BDR favorisierte damals offensichtlich einen Inflationsmechanismus, über den die Höhe der Steuern an die galoppierende Inflation automatisch angepasst werden sollte.

Aber selbst dieser Mechanismus war der Dynamik der galoppierenden Inflation nicht gewachsen. Daher eine Warnung an die Politik: „Wir erachten es als unsere Pflicht, deutlich darauf hinzuweisen, damit zu der Zeit, wo riesenhafte Ausfälle sich zeigen werden, der Grund nicht etwa in gesunkener Leistungsfähigkeit der Finanzbeamten gesucht wird“.

Die Überführung der Landessteuerverwaltungen in eine einheitliche Reichssteuerverwaltung konnte nur gelingen, wenn

qualifiziertes Personal gewonnen wurde, durch Leistungsanreize. Hierzu war die Reichsfinanzverwaltung nicht in der Lage. „Der Staats- und Reichsbeamte der Nachkriegszeit war auf der sozialen Stufenleiter erheblich gesunken, sodass ein Übertritt in den Reichsdienst nicht den genügenden Anreiz bot“.

Man versuchte daher, Angehörige der freien Berufe für die Reichsfinanzverwaltung zu gewinnen und sie in Abendkursen auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Es gab keine Bildungsstätten und kein Ausbildungsgesetz, vieles wurde improvisiert. Letztlich hatten die wenig geschulten Fachkräfte das Gros der Arbeit zu leisten.

Für die Leitungsfunktion gab es ein „Monopol der Volljuristen“. Zur Politik des BDR gehörte es, die Beamten des gehobenen Dienstes auch in Leitungsfunktion zu bringen. „Jedenfalls hat der Gerichtsassessor für die neue Reichssteuerverwaltung keine größeren Ambitionen mitgebracht als der befähigte und erfahrene Steuertechniker“. Die Gründung der Reichsfinanzverwaltung begriff den BDR als Chance, den Aufstieg in den höheren Dienst zu betreiben. Im Übrigen mit der Unterstützung des „Bundes höherer Beamter“.

Für die junge Reichsfinanzverwaltung war das 1923 ein besonderes Jahr der Bewährung. Die Reichsfinanzverwaltung hat die Gesetzesflut gebändigt, zwar mehr schlecht als recht – aber immerhin! Der BDR hat sich organisatorisch und politisch gefestigt. Nicht zuletzt der Dritte Bundestag hat deutlich gemacht, dass der BDR zu einer politischen Kraft geworden war. Ihm war es gelungen, die gewerkschaftlichen Kräfte aus den Landessteuerverwaltungen zu bündeln – eine organisatorische und strategische Glanzleistung!

Wir wollen seinen Weg durch die 20er-Jahre im DSTG-Magazin weiterverfolgen – in lockerer Folge. **Paul Courth**

28. Deutschlandturnier der DFSH in Jena

Schirmherren sportlich aktiv

Vor Beginn der sportlichen Wettkämpfe trat die thüringische Finanzministerin Birgit Diezel als Schirmherrin bereits in Aktion. Da sie am nächsten Tag nicht an der Eröffnungsfeier des 28. Deutschlandturniers der Finanzämter vom 25. bis

an der Spitze des Zwischenstands auf. Entscheidungen fallen am ersten Tag im Tischtennis bei den Mannschaftswettbewerben, wo die Herren der OFD Frankfurt ihren Titel verteidigen konnten, während den Damen des FA



Zahlreiche Besucher verfolgten die Eröffnungsfeier im Stadion des FC Carl Zeiss Jena.

27. September in Jena teilnehmen konnte, wollte sie zumindest am Sportlerball zur Begrüßung dabei sein und schwang auch kräftig das Tanzbein – geführt vom DSTG-Vorsitzenden Dieter Ondracek. Am nächsten Morgen eröffneten der Erfurter Oberfinanzpräsident Dr. Fritz-Helmut Karraß, der OB von Jena Dr. Peter Röhlinger und DFSH-Vorsitzender Richard Huber das Turnier.

Der erste Wettkampftag diente wie immer dazu, sich für die Endkämpfe zu qualifizieren. Einige Überraschungen gab es auch schon: Im Fußball schießen die Bronzemedailengewinner des Vorjahres (OFD Hamburg) allerdings ersatzgeschwächt aus, beim Tennis der Herren erwischte es den Vorjahresdritten Jan Rehm (Saarland) und beim Schach tauchte „Altmeister“ Heinz Schlefing

Sieburg mit dem ersten Sieg eine Überraschung gelang. Ebenfalls am ersten Tag wurde der Rahmenwettbewerb Bowling ausgetragen, den die Damenmannschaft aus Hamburg mit der Einzelsiegerin Petra Barz (GU Hamburg) an der Spitze gewann. Bei den Herren gelang dies dem LV Berlin, angeführt vom Einzelgoldmedailiensieger Olaf van der Plan.

Abends im Festzelt wartete das Orga-Team der TFSG mit einer nochmaligen Steigerung auf, denn „BiBa und die Butzemänner“ gestalteten ihren Auftritt zu einem Erlebnis. Außerdem konnte Cheforganisatorin Gunda Lämmer jetzt auch den zweiten Schirmherrn begrüßen. Noch als Finanzminister hatte Andreas Trautvet-



DSTG-Chef Dieter Ondracek begrüßt die Sportlerinnen und Sportler in Jena.

nach Elfmeterschießen mit 5:4 gegen Chemnitz für sich.

Beim Tennisturnier gab es bei den Damen eine erfolgreiche Titelverteidigung, auch wenn die Siegerin nach Heirat jetzt Kaup heißt und nicht mehr für Köln sondern für Frankfurt startet. Alexander Tepassee (Gladbeck) konnte ebenso bei den Herren seinen in Heilbronn gewonnenen Titel verteidigen.

Das Schachturnier war an Spannung kaum zu überbieten. Nach der letzten Runde blickten



Die Finalisten der OFD Kiel (li) und des Finanzamtes Heidelberg.

ter die Schirmherrschaft angenommen und auch nicht mehr abgegeben, als er zum Innenminister berufen wurde. An diesem Abend merkte ihm jeder an, dass er sich inmitten seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen noch äußerst wohl fühlt.

Das Fußballendspiel wurde im Stadion des FC Carl Zeiss Jena ausgetragen. Als Favorit galt Heidelberg, denn dieser Mannschaft war vor zwei Jahren schon einmal der Turniersieg gelungen. Aber die „Kühlen aus dem hohen Norden“ spielten einen erfrischenden Fußball und nach klar dominiertem Spiel siegte das Team aus Kiel verdient mit 3:1. Das Spiel um Platz 3 gewann Darmstadt mit 2:0 gegen Rostock. Die Trostrunde entschied Hamburg



Sorgten für Spannung und eine äußerst knappe Entscheidung im Schachwettbewerb; v. l.: Heinz Schlefing, Ralf Schöne, Dietmar Teller und Hajo Vatter.

Teilnehmer und Zuschauer gebannt auf die sich verändernden Computertabellen bis feststand, daß Seriensieger Hajo Vatter (Karlsruhe) bei gleicher Punktzahl zwar vor Dietmar Teller (Württemberg)



Die erfolgreichen Tennisspielerinnen Corinna Kaup, Frauke Wagner, Andrea Schemm und Andrea Schneider-Bannier (v. l.).

lag, aber Ralf Schöne (Brandenburg) den Vortritt lassen mußte. Der Mannschaftssieg ging bei wiederum gleicher Punktzahl an Heinz Schlefing und Andreas Goschin (BV Düsseldorf) vor Peter Stippekoehl und Ralf Kleeschätzky (Berlin). Im Tischtennis-Einzelwettbewerb der Herren konnte sich mit einem 2:0-Sieg gegen Ralf

Neul (Frankfurt) zum siebten Mal Bernd Schiller (Hamburg) durchsetzen; das Damen-Finale gewann als Newcomer Christina Regelski vom Finanzamt Siegburg gegen Melanie Frisch aus Saarbrücken.

BADEN LEICHT GEMACHT

Wiederholte Badenwörter für Ihren Lieblingsurlaub. Einzigartig. Finden Sie Ihren Bade-Katalog und

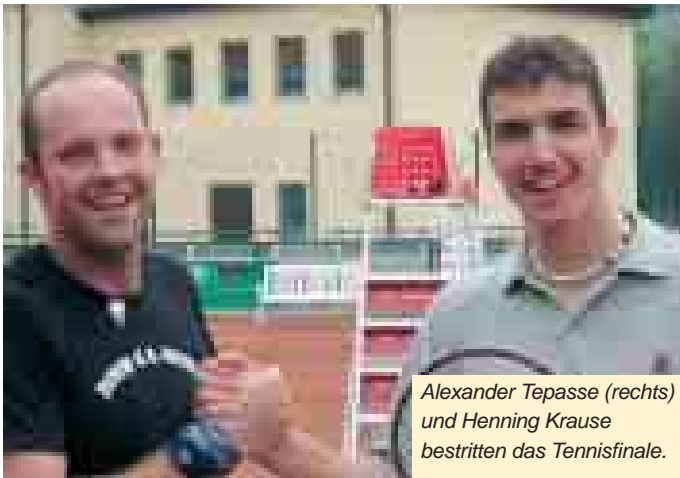
Kostenlos bestellen unter: 0800 99 45 99 99

Wiederholungsbestellung: Ja, ich möchte mehr wissen über schöne Badenwörter. Bitte schicken Sie mir mehr Informationen!

Name: Telefon:

Straße:

PLZ: Ort:



Alexander Tepassee (rechts) und Henning Krause bestritten das Tennisfinale.



Zeigten begeisterndes Tischtennis auf hohem Niveau; v. l. Christina Regelski, Bettina Schmidt und Melanie Frisch.



Die DSTG zeigte Flagge beim Deutschlandturnier in Jena. Dafür sorgte der Werbeausschuss, der für die Präsentation verantwortlich zeichnete.

Mit der Siegerehrung im Festzelt schloß am Samstagnachmittag ein Turnier mit vielen Höhepunkten und einem erstklassigen Gastgeber-Team um Gunda Lämmer. Nach den dankenden Schlußworten von Oberfinanzpräsident Dr. Fritz-Helmut Karraß und dem stellvertretenden DFSH-Vorsitzenden Josef Küpper (Düsseldorf) war dies auch am lang anhaltenden Beifall der Sportlerinnen und Sportler deutlich zu erkennen.

Für das nächste Jahr sind die Sportlerinnen und Sportler zum 29. Deutschlandturnier der Finanzämter vom 16. bis 18. September nach Hamm in Westfalen eingeladen. Dort wird es dann erneut um Tore, Punkte und Meisterschaft gehen.

Die Ergebnisse des 28. Deutschlandturniers der Finanzämter 2003 in Jena

Fußball

1. OFD Kiel
2. FA Heidelberg
3. FA Darmstadt
4. OFD Rostock

Fußball (Trostrunde)

1. OFD Hamburg
2. OFD Chemnitz
3. FA Weilheim/Starnberg
4. OFD Erfurt

Tennis – Damen

1. Corinna Kaup (LV Hessen)
2. Andrea Schneider-Bannier (BV Württemberg)
3. Andrea Schemm (bfg Nordbayern)
4. Frauke Wagner (BV Düsseldorf)

Tennis – Herren

1. Alexander Tepassee (BV Westfalen-Lippe)
2. Henning Krause (BV Düsseldorf)
3. Frank Weidemann (LV Meckl.-Vorpommern)
4. Christian Anders (LV Sachsen-Anhalt)

Tischtennis – Mannschaft – Damen

1. FA Siegburg
2. BV Düsseldorf
3. FSG Rheinland-Pfalz
4. OFD Karlsruhe

Tischtennis – Mannschaft – Herren

1. OFD Frankfurt/M.
2. FA Neuss I
3. LV Niedersachsen I
4. OFD Kiel

Tischtennis – Einzel – Damen

1. Christina Regelski (BV Köln)
2. Melanie Frisch (LV Saar)
3. Bettina Schmidt (FSG Rheinland-Pfalz)
4. Manja Mews (LV Brandenburg)

Tischtennis – Einzel – Herren

1. Bernd Schiller (LV Hamburg)
2. Ralf Neul (LV Hessen)
3. Mirko Kernein (LV Niedersachsen)
4. Christof Heiss (BV Baden)

Schach – Einzel

1. Ralf Schöne (LV Brandenburg)
2. Hans-Joachim Vatter (BV Baden)
3. Dietmar Teller (BV Württemberg)
4. Heinz Schlefing (BV Düsseldorf)

Schach – Mannschaft

1. BV Düsseldorf I
2. LV Berlin I
3. OFD Karlsruhe
4. LV Brandenburg I

Bowling – Mannschaft – Damen

1. LV Hamburg
2. LV Berlin I
3. LV Thüringen
4. LV Brandenburg

Bowling – Einzel – Damen

1. Petra Barz (LV Hamburg)
2. Birgit Kaminski (LV Hamburg)
3. Manuela Palm (LV Berlin)
4. Elvira Litzba (LV Berlin)

Bowling – Mannschaft – Herren

1. SG Berlin I (LV Berlin)
2. SG Berlin II (LV Berlin)
3. FA Hannover-M. (LV Nieders.)
4. FA Halle-Nord (LV Sachsen-Anhalt)

Bowling – Einzel – Herren

1. Olaf van der Plan (LV Berlin)
2. Wolfgang Haß (LV Berlin)
3. Manfred Gellert (LV Niedersachsen)
4. Thomas Lilienthal (LV Berlin)

Von Dynamik überrascht

Unter dem Titel „Eiertanz bei den Öffnungsklauseln“ hatten wir in der Septemberausgabe 2003 darüber berichtet, dass der Innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, dem DSTG-Bundesvorsitzenden in einem Telefonat die Position der SPD-Bundestagsfraktion erläuterte. In einem seinerzeit vereinbarten Gespräch, das DSTG-Chef Dieter Ondracek und DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender mit Wiefelspütz führten, wurden von der Deutschen Steuer-Gewerk-



Dieter Wiefelspütz

schaft anhand konkreter Beispiele die massiven Einkommensverluste und einschneidenden Einbußen dargelegt. Wiefelspütz erklärte, die SPD-Fraktion sei zu dem früheren Zeitpunkt nicht davon ausgegangen, dass die Öffnungsklauseln zwischen den Ländern konsensfähig sein könnten. Von der Eigendynamik der Entwicklung sei man überrascht worden. Wiefelspütz räumte ein, dass eine angemessene Bezahlung ein unverzichtbarer Motivationsfaktor für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist.

DSTG-Chef Ondracek stellte die bayerische Ausgestaltung der Öffnungsklauseln dar, insbesondere das Versprechen der Landesregierung, für die bayerischen Kollegen die bundesweit günstigste Regelung zu treffen. Diese Zusage der Bayerischen Landesregierung nahm Wiefelspütz zum Ansporn, über die Möglichkeit einer besseren Regelung für die Bundesebene nachzudenken.

Schließlich konnte DSTG-Chef Dieter Ondracek die Zusage von Wiefelspütz erhalten, dass sich die Arbeitsgruppe Inneres der SPD-Bundestagsfraktion nochmals mit der Möglichkeit einer sozialen Komponente beschäftigt.

Vorteil für Steuerunehrliche

Die Arbeitsgemeinschaft Klimatagung, der Zusammenschluss der Bundeskammern und Bundesverbände der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe, der Rechtsanwälte, des Bundes der Finanzrichter und der Deutschen Steuer-Gewerkschaft bemühte sich um ein gutes Steuerklima. Ausgehend von dieser Zielsetzung stand die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft in jüngster Zeit ganz im Zeichen der nach der parlamentarischen Sommerpause eingebrachten steuergesetzlichen Neuerungen. Die Arbeitsgemeinschaft Klimatagung griff auch die Novellierung der Gemeindefinanzreform auf. Diskutiert wurde vor allem die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in persönlicher und sachlicher Ebene. Dies sieht das Grundmodell der Länder und Kommunen vor. Dort wird eine Revitalisierung der Gewerbesteuer hin zu einer

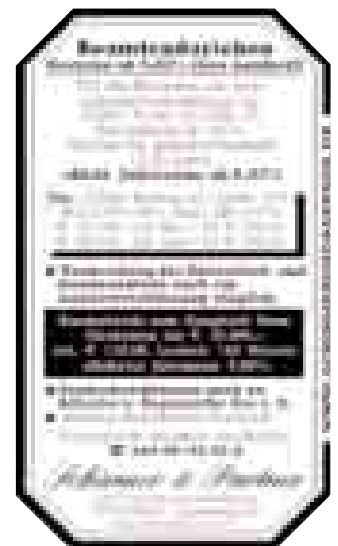
sog. Gemeindefinanzreform gefordert. Vor allem von Seiten der Beraterschaft wird dieses Modell im Hinblick auf die erneute Diskussion, künftig auch ertragsunabhängige Bestandteile, wie gezahlte Zinsen, Mieten oder Pachten mit in die Besteuerung aufzunehmen, eindeutig abgelehnt. Auch aus Sicht der Finanzverwaltung wird dieses Vorhaben für zusätzliche Arbeit sorgen, wobei fraglicher Stabilisierung der kommunalen Finanzen. Einig ist sich die Arbeitsgemeinschaft Klimatagung in der Bewertung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Förderung der Steuerehrlichkeit. Kritisiert wird dabei, dass der Steuerunehrliche über Gebühr begünstigt werde. Die Annahme der Bundesregierung im Hinblick auf die Rückführung von Schwarzgeld und deren Versteuerung in Höhe von 5 Mrd. Euro sei zu hoch gegriffen. Vor allem würden für

die Zukunft keine wirksamen Regularien getroffen, um die Steuerhinterziehung effektiv und zielgenau zu bekämpfen. Nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist dies jedoch Voraussetzung für eine steuerrechtliche Amnestieregelung.

Bei den Eckpunkten des Steueränderungsgesetzes 2003 und deren praxisgerechte Auswirkungen stand das Einspruchs- und Antragsverfahren rund um den Familienleistungsausgleich durch gesetzliche Fiktion im Vordergrund. Die Arbeitsgemeinschaft Klimatagung machte rechtstaatliche Bedenken geltend. Das Gremium machte deutlich, dass es notwendig sei, über eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung über eine solche gesetzliche Fiktion zu informieren, damit möglicher Groll und Unmut der Bürger nicht in den Finanzämtern abgeladen werde bzw. auf Beratungsmehrarbeit hinauslaufe.

Im Hinblick auf das Gesetz zur Umsetzung der Protokollklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz begrüßt die Arbeits-

gemeinschaft ausdrücklich die Aufhebung der komplizierten Vorschriften des Verlustverrechnungssystems nach §§ 2 Abs. 3, 10 d EStG. Dies sei der einzige Lichtblick der anrollenden Gesetzeswelle, die, soweit sie die parlamentarischen Hürden nimmt, zum Jahresende wirksam wird und somit Beraterschaft und Finanzverwaltung Anfang 2004 vor neuerlichen Herausforderungen stellt, so der einhellige Kommentar der Arbeitsgemeinschaft Klimatagung.



Wasser predigen – Wein trinken

Das Sommerfest der Hessischen Landesregierung am 3. September im Bergpark des Schlosses Wilhelmshöhe, zu dem 1 000 geladene Gäste erschienen, um u. a. den Ochsen am Spieß, die ffh-Disco, ein Feuerwerk und die beleuchteten Wasserspiele auf Staatskosten zu genießen, nahmen die DStG-Ortsverbände Kassel-Spohrstraße und – Goethestraße spontan zum Anlass für eine Protestkundgebung unter dem Motto:

**IHR feiert – WIR bezahlen!
VIEL SPASS!
Eure Landesknechten!**

Alle Gäste wurden mit dem 4 x 2m-Banner begrüßt.

Was ist das für ein Zeichen der Politik?

Am ersten Tag (dem 2. 9.) wird Wasser gepredigt und am zweiten Tag Wein getrunken!

Und in der einzig nennenswerten Einnahmeverwaltung wird Personal gespart!

Was ist das für ein Zirkus, der schließen muss, weil er freiwillig auf den Eintritt verzichtet?!

Tarifrecht im Reformprozess

Die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst stand im Mittelpunkt der 66. Sitzung der DSTG-Tarifkommission Anfang September in Lambrecht in der Pfalz. Die Tarifvertragsparteien hatten im Rahmen der Tarifrunde 2002 eine Prozessvereinbarung getroffen, wonach bis 2005 die Neugestaltung des Tarifrechts umzusetzen ist. Der Vorsitzende der Tarifkommission, Helmut Overbeck, informierte die Mitglieder über den aktuellen Stand und die

Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen und der Lenkungsgruppe. Auf der umfangreichen Tagesordnung standen des Weiteren Fragen im Zusammenhang mit den Öffnungsklauseln im Besoldungsbereich, Tarif- und Eingruppierungsfragen, die Situation in den ostdeutschen Bundesländern, Arbeiter- und Organisationsangelegenheiten sowie die Vorbereitung auf den 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag der dbb tarifunion im November 2003 in Leipzig.



Unser Foto zeigt die Mitglieder der Tarifrundungskommission vor der Pfalzakademie in Lambrecht.

Tauschchecke

- St'in aus Hessen (OFD Ffm) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Niedersachsen (OFD Hannover) – auch Ringtausch.
- Welcher A 9'er (g. D.) möchte aus Niedersachsen in ein anderes Bundesland wechseln und welcher A 9'er (g. D.) möchte aus dem Bundesgebiet nach Hessen wechseln. Bitte meldet Euch – wir versuchen einen Ringtausch zu organisieren! Tel.: 0 61 01/58 01 06, Mobil: 01 72/5 66 60 52.
- Welcher A 9er möchte aus dem Bereich der OFD Chemnitz in den Bereich der OFD Köln oder nach Niedersachsen wechseln? Bitte meldet Euch dringend unter Tel.: 01 71/9 97 58 88 oder E-Mail: regeena@gmx.de.
- Steuerobersekretärin aus NRW (OFD Düsseldorf) sucht dringend aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in A 7 ggf. A 6 aus dem Bundesland Brandenburg (OFD Cottbus). Versetzungsantrag wurde gestellt. Tel.: 03 30 56/2 78 66.
- StS'in z. a. (z. A. bis Ende Oktober 2003) mittlerer Dienst (A 6) aus Finanzamtbereich Land Brandenburg (OFD Cottbus) sucht aus privaten Gründen ab sofort einen Tauschpartner in den Bereich der OFD Chemnitz (Sachsen). Bevorzugte Finanzämter Dresden I, II oder III. (anke.d.schmidt@gmx.de).
- Steueramtmann aus Hessen sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein (OFD Kiel) oder auch Mecklenburg-Vorpommern (OFD Rostock), ggf. auch Ringtausch. E-Mail: hessen.tausch@web.de.
- Steueramtfrau (A 11) aus Hessen sucht Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz (A 11 oder A 10). Auch Ringtausch von Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Bayern nach Hessen. Tel.: 069 / 25 45-23 46. E-Mail: MJNicklis@t-online.de.

Lehrgänge zum Steuerberater

Samstagslehrgang*	ab 22.5.2004
Dreimonatskurs*	7.6. – 27.8.2004
Crash-Kurs*	30.8. – 24.9.2004
Fernlehrgang*	ca. 1 Jahr
Klausurenkurs	1.4. – 15.9.2004

*inklusive integriertem Klausurenkurs

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht. Umfassende examensbezogene Loseblattausgabe mit CD-ROM in allen Kursen.

**STEUER-LEHRGÄNGE
DR. STITZ**

DEUTSCHE AKADEMIE
FÜR STEUERN,
RECHT & WIRTSCHAFT

**Probeseitigung
kostenlos**

Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:

Aktuelles Unternehmensteuerrecht	18.10.2003
Aktuelle Abgabenordnung/ Aktuelles Verfahrensrecht	15.11.2003
Steuerliche Überlegungen zum Jahresende	29.11.2003

50476 Köln, Postfach 10 36 65
Tel.: (02 21) 4 20 56 20, Fax: (02 21) 4 20 56 11
E-Mail: steuer@stitz.de
Internet: www.stitz.de